

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 14. März 2016

Ein klares „Ja!“ zum Freihandel

Freier Handel sichert Fortschritt, Arbeitsplätze und Wachstum, fördert den Austausch der Kulturen und schafft Frieden. Dank Zollfreiheit mit zahlreichen wichtigen Handelspartnern konnte Deutschland zu einer der führenden Exportnationen aufsteigen. Innerhalb der EU wurde durch den Abbau von Handelsschranken der größte gemeinsame Markt der Welt geschaffen. Global sorgt die Welthandelsorganisation ("WTO") für faire Bedingungen in den weltumspannenden Wertschöpfungsketten. Als Freie Demokraten wollen wir den Freihandel ausbauen, Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen und die Rückkehr zu einem allgemein akzeptierten globalen Handelssystem im Rahmen der WTO erleichtern. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds wird künftig über 90% der weltweiten Nachfrage außerhalb Europas entstehen. Daher muss es ein zentrales Anliegen der EU sein, den Zugang zu diesen Absatzmärkten für europäische Güter und Dienstleistungen zu erschließen und zu erleichtern. Während in der aktuellen Verhandlungsrunde bei der WTO („Doha-Runde“) seit langem nahezu vollständiger Stillstand herrscht, hat die EU zahlreiche Abkommen mit großem Erfolg zum Abschluss gebracht, zum Beispiel mit Mexiko, Südafrika und Südkorea. Durch weitere Handels- und Investitionsabkommen besteht nun die Gelegenheit, die europäische Konjunktur zusätzlich zu beleben. Im Fokus stehen dabei die Verhandlungen mit Kanada, Japan, den USA, China und den südostasiatischen ASEAN-Nationen. Langfristiges Ziel ist es, diese Handelsabkommen in den multilateralen Rahmen der WTO einzufügen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient das Projekt einer EU-US-Freihandelszone, denn die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft ("TTIP") bietet beachtliche Chancen: Der Abbau unnötiger Handelshemmnisse fördert das Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten des Atlantiks, schafft eine Möglichkeit zur Gestaltung von internationalen Standards und stärkt das transatlantische Band auch in politischer Hinsicht. Obwohl die Volkswirtschaften Europas und Amerikas bereits gut vernetzt sind, verspricht mehr Freihandel zwischen beiden zusätzliche und erhebliche Wohlstandsgewinne. Bei einem zurückhaltend geschätzten Wachstum kann das Abkommen neue Arbeitsplätze schaffen und die Konjunktur beleben, ohne den Steuerzahler zusätzlich zu belasten. Das ist gerade für die Arbeitssuchenden in den von der Krise besonders betroffenen Mitgliedern der EU von Bedeutung. Deswegen setzen sich beispielsweise Spanien und Italien auch vehement für den erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen ein. Gerade für den Mittelstand, das gilt auch hier bei uns in Deutschland, werden sich durch niedrigere Zölle und den Wegfall hemmender Formalitäten zudem neue Chancen beim Export in die USA ergeben. Für die Bürgerinnen und Bürger in Europa bietet TTIP mehr Auswahl und günstigere Preise bei amerikanischen Importwaren. Die liberale Überzeugung, Freihandel zu unterstützen, gilt daher auch und gerade für das transatlantische Projekt. Aus Sicht der Freien Demokraten sind bei den weiteren Verhandlungen vor allem folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der Mittelstand ist das Rückgrat der transatlantischen Wirtschaft. Den besonderen Bedürfnissen von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) ist daher in Form eines um-

fangreichen und ehrgeizigen Mittelstandskapitels Rechnung zu tragen. Aus Sicht der FDP sollte dabei der Abbau bürokratischer Hürden bei der Zollabfertigung, die sinnvolle Harmonisierung von Standards, die gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungen, maßgeschneiderte Unterstützung bei der Erfüllung rechtlicher Auflagen sowie eine zentrale Anlaufstelle für europäische KMU („one-stop-shop“) im Vordergrund stehen.

2. Die FDP setzt sich dafür ein, ein eigenständiges Energiekapitel in TTIP aufzunehmen. Die Aufhebung von Exportbeschränkungen für Gas aus den USA würde helfen, faire Bedingungen im internationalen Wettbewerb herzustellen. Das ist insbesondere für die europäische Industrie und weitere energieintensive Sektoren wichtig. Ein Verzicht auf Liberalisierungen im Energiesektor würde die Abhängigkeit von Russland weiter steigern.
3. Die Freien Demokraten begrüßen die Bemühungen der neuen EU-Kommission um mehr Transparenz. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Weg fortgesetzt wird und die Verhandlungsdokumente von Vertretern des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und der nationalen Regierungen eingesehen werden können. So können sich alle unmittelbar Beteiligten ein vollständiges Bild über den Ablauf der Verhandlungen machen. Darüber hinaus sollen ausverhandelte Ergebnisse so früh wie möglich der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.
4. Die FDP besteht darauf, dass die hohen europäischen Standards zum Beispiel im Verbraucher-, Gesundheits-, Sozial- und Umweltschutz nicht zum Teil der Verhandlungen werden. Dabei erkennen wir an, dass das Schutzniveau in den USA in einzelnen Bereichen auch über dem der EU liegen kann. Deswegen müssen die jeweils höchsten Schutzniveaus beider Seiten als Maßstab für neue transatlantischen Normen dienen. Drittländer, die künftig in die größte Wirtschaftszone der Welt exportieren wollen, müssen sich an diesen Vorgaben orientieren. So wird nicht nur die Absenkung von Standards verhindert, sondern diese werden im globalen Rahmen sogar noch angehoben.
5. Die FDP fordert die EU-Kommission dazu auf, die Marktöffnung im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe offensiv zu verhandeln, da diese in den USA in vielen Bereichen bisher noch streng begrenzt ist. Ziel von TTIP muss es sein, dass Anbieter in der EU und in den USA gleichberechtigten Zugang zu Ausschreibungsverfahren im Bereich der öffentlichen Vergabe und Beschaffung haben. Damit kann der Wettbewerb auf beiden Seiten des Atlantiks im Sinne der Steuerzahler verstärkt werden.
6. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung ist bei den TTIP-Verhandlungen stets zu beachten. Es ist sicherzustellen, dass Verpflichtungen für europäische Kommunen bei öffentlichen Ausschreibungen nicht über die bestehenden Verpflichtungen nach geltendem EU-Vergaberecht hinausgehen. Bedenken in Hinblick auf die öffentliche Daseinsvorsorge teilt die FDP nicht, da diese ausdrücklich vom Verhandlungsmandat der EU-Kommission ausgenommen ist. Die Freien Demokraten verurteilen in diesem Zusammenhang die bewusst irreführende Kampagne von Grünen und Linkspartei in zahlreichen Räten und Kreistagen, die einen gegenteiligen Eindruck erwecken soll.
7. Das Investitionsschutzverfahren hat sich in jahrzehntelanger Praxis zur Unterstützung deutscher Unternehmen im Ausland bewährt. Gerade Mittelständlern wird so ein vereinfachter und kostengünstiger Zugang zu einer unbefangenen Schiedsgerichtsinstanz eröffnet. Sämtliche EU-Freihandelsabkommen sollten daher das Recht des Investors gewährleisten, ein internationales Schiedsgericht anzurufen. Der Vorschlag der EU-Kommission für die Einrichtung einer Investitionsgerichtsbarkeit bei TTIP und CETA ist ein großer Fortschritt für Transparenz und Rechtssicherheit. Mit der öffentlichen Benennung hauptamtlicher Richter und der Einführung einer Berufungsinstanz werden zentrale Forderungen der Freien Demokraten aufge-

griffen. Zudem kommt klar zum Ausdruck, dass das staatliche Recht auf Regulierung durch Entscheidungen des Investitionsgerichts in keiner Weise eingeschränkt werden wird. Die FDP tritt dafür ein, die Investitionsgerichtsbarkeit als ersten Schritt zur Einrichtung eines internationalen Handelsgerichtshofs zu begreifen.